

**”REIF FÜR DIE WELTPOLITIK?” ODER ”REIF FÜR DIE INSEL?”
DEUTSCHLANDS PLATZ AN DER SONNE LIEGT AUF DEM EUROPÄISCHEN
KONTINENT
(EINE ANTWORT AUF HARTMUT ELSENHANS)**

von Gunther Hellmann

1. Hartmut Elsenhans hat auf dem ”Streitplatz” dieser Zeitschrift provokativ zugespitzte und originelle ”Gedanken zur außenpolitischen Elite Deutschlands” entwickelt.¹ Seine Kernthese besteht darin, dass ”Deutschland (...) wieder nach einer weltpolitischen Rolle” strebt (S. 121), dafür aber nicht taugt. Ausgehend von einer Synthese aus makrohistorischer Analyse und politik-ökonomischem Weltbild, wie es in den Internationalen Beziehungen (IB) in Deutschland eher selten vorkommt, sieht er die Gründe für diese mangelnde Eignung Deutschlands vor allem darin, dass diesem Land und seiner außenpolitischen Elite wichtige historische Traditionen abgehen und damit gewissermaßen strukturelle Voraussetzungen fehlen, um erfolgreich Weltpolitik zu machen. Was Deutschland fehlt ist – in Elsenhans’ Wortwahl – die ”Fähigkeit zu informellem Weltreich oder informellen hierarchischen Zusammenschlüssen” (122). Dieses Manko hängt mit einem spezifisch deutschen bzw. preußischen ”Erbe ’globaler’ Außenpolitik” (122) zusammen. Deutschland habe versagt, als es in früheren Jahrhunderten darum ging, erfolgreich ”Weltreiche” einzurichten – wobei Elsenhans unter einem Weltreich ”relativ dauerhafte auch in die Gesellschaften hineinwirkende Bündnissysteme mit Eliten unterschiedlicher ’kultureller’ Ausrichtung” versteht (122). Erfolgreichen Weltreichsbegründern und -führern wie den USA, England oder Frankreich sei dies aufgrund einer ”globalen und elitistischen Orientierung der Außenpolitik” (122) gelungen, den Deutschen aufgrund einer ”Mystik der Solidarität einer ethnisch konstituierten Nation” (123) dagegen nicht. Deutsche Politik sei in preußischer Tradition stets ”europazentriert” (und damit auch im doppelten Sinne global beschränkt) gewesen.² Nach Hitlers elend gescheiterten totalen (kontinentalen wie globalen) Weltreichsversuchen habe sich ”die westdeutsche Führungselite dem moralischen Führungsanspruch” der drei (noch vor zehn Jahren so genannten) ”Westmächte” untergeordnet und ”unter Respektierung dieser Statusdifferenz” deutsche Interessen verfolgt. An dieser Statusdifferenz habe sich bis heute ”nichts wesentliches geändert” (124), wohl aber an den weltpolitischen Ambitionen der Deutschen und ihrer Unterordnungsbereitschaft. Da heute unter den Bedingungen eines

¹Vgl. Hartmut Elsenhans, Reif für die Weltpolitik? Gedanken zur außenpolitischen Elite Deutschlands, in: WeltTrends, Nr. 25 (Winter 1999/2000), S. 121-128. Die hier vorgelegten Thesen basieren auf ausführlicheren Arbeiten, die entweder bereits veröffentlicht wurden, im Prozess der Veröffentlichung sind oder gegenwärtig entstehen. Zu letzterem zählt insbesondere eine Arbeit, die unter dem Titel ”Rekonstruktion der ’Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen’? Zehn Jahre neue deutsche Außenpolitik” auf dem Kongress der DVPW im Oktober 2000 vorgelegt und in der Reihe ”HSFK-Report” der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung veröffentlicht werden soll.

²Vgl. im Kontrast zu Elsenhans’ Interpretation der ”europäischen Begrenztheit deutscher Politik” selbst unter Hitler die unterschiedlichen Einschätzungen innerhalb der historischen Fachdiskussion, in der zwischen ”kontinentalistischen” und ”globalistischen” Positionen unterschieden wird (hierzu Marie-Luise Recker, Die Außenpolitik des Dritten Reiches (Enzyklopädie deutscher Geschichte Band 8), München 1990, S. 57-58).

”nicht mehr nur auf West- und Nordwesteuropa beschränkten internationalen Systems” die Fähigkeit, ”dauerhafte, hierarchisch strukturierte Koalitionen zu führen” mehr denn je gefordert sei (127), den Deutschen aber ”einfach die Erfahrung (fehlt), solche Bündnisse zu managen” (126), drängt sich Elsenhans zum Schluss seines Beitrages folgende Zusammenfassung und Politikempfehlung auf: ”Deutschland hat einen Weg des Nachzüglers eingeschlagen. Im Ergebnis ist es als Führungsmacht eines informellen Zusammenschlusses international wenig geeignet. Heute bietet sich die Möglichkeit, sich definitiv sich [sic!] an einen solchen Zusammenschluss – sogar formeller Art – unterordnend einzufügen. Jedoch weist die Forderung nach Deutsch als Amtssprache in der EU gerade in die entgegengesetzte Richtung.” (127-128).

2. Streitbare Thesen (und Antithesen) auf knappstem Raum in angemessener Art zu entfalten und zu begründen ist ein schwieriges Unterfangen. Es ist von Vor- und Nachteil zugleich, dass man bei solchen thesenartigen Zuspitzen mit systematischen theoretischen Herleitungen, empirischen Illustrationen und gängigen wissenschaftlichen Apparaten sparsam umgehen darf und muss. Dies gilt für Elsenhans’ Streitangebot wie auch diese Antwort. Pointierung und Reichweitenbegrenzung der Aussagen in angemessener Balance zu halten, damit am Ende für die Leser möglicherweise sogar eine erkenntniserweiternde Synthese sichtbar werden kann, machen es daher unumgänglich, sich auf bestimmte Aspekte des Streitangebots zu konzentrieren.

Streiten ließe sich nach meiner Auffassung etwa (a) über den deterministischen Tenor der Analyse, die politik-ökonomische und geopolitische Theorieangebote mit makrohistorischen Betrachtungen verknüpft und in der Aussage gipfelt, dass das *heutige* Deutschland (an der Wende des neuen Jahrtausends) wie das *alte* Deutschland (gemessen als Konstante mehrerer vergangener Jahrhunderte) nicht fähig sei, bestimmte erforderliche oder gewünschte Dinge zu leisten; (b) über die Beschreibung, dass Deutschland heute ”die Möglichkeit” hat, sich ”definitiv” in einem (vielleicht sogar formellen) Zusammenschluss mit anderen Staaten in Europa ”unterordnend einzufügen”; (c) über die Wünschbarkeit einer solchen ”Unterordnung”, die Elsenhans zwar unterstellt, aber nicht argumentativ gegen jene entwickelt, die dies *nicht* für wünschenswert halten (bei letzteren handelt es sich meines Erachtens um eine – nicht nur politisch – ausgesprochen heterogene Gruppe, die in den letzten Jahren steten Zulauf erhält und in Zukunft sogar weiter wachsen dürfte); (d) über das desillusionierende und abrupte Ende des Beitrages, wo mit einem einzigen empirischen Beleg (Deutsch als Amtssprache) angedeutet wird, dass aktuelle Entwicklungen eher in eine von Elsenhans nicht gewünschte ”entgegengesetzte Richtung” deuten, damit aber auch die Sinnhaftigkeit eines konstruktiven, vielleicht zu neuen Sichtweisen führenden wissenschaftlichen Streits unnötig unterminiert wird.

3. Bevor ich meine eigene Position im Kontrast zu Elsenhans entwickle, will ich den möglichen Kern einer Differenz, wie er sich mir nach meiner Lektüre darstellt, noch etwas schärfer hervortreten lassen, indem ich seine Botschaft, wie sie unter den beiden vorangehenden Punkten beschrieben wurde, metaphorisch übersetze und zugleich zuspitze. Dieser überzeichnete Interpretationsvorschlag spielt mit dem Originaltitel. Deutschland, so könnte man Elsenhans vielleicht lesen, ist nicht nur alles andere als ”reif für die Weltpolitik”, es ist genau genommen sogar ”reif für die Insel”. Verordnen müßte man Deutschland *eigentlich* mehr denn je einen ausgedehnten weltpolitischen Erholungsurlaub in meerumschlungener Lage – ein Urlaub, der alle Strapazen der Weltreichsplanung (oder gar des Weltreichsmanagements) vergessen lässt und damit von den unumgänglichen und schweren Belastungen, die die Weltreichsverwalter großer Mächte tragen müssen, entbindet.

Statt sich einzureden, führen zu müssen, sollte man sich einreden, wie angenehm und nützlich es doch sein könnte, sich führen zu lassen. Verantwortungsentlastet könnte man aus der Perspektive des sich Unterordnenden den Lei(s)tungsdruck des Führenden ("Hierarchien erfordern Empathie", 124) wenden in ein empathisches (oder eben auch primär passiv nur mitleidendes) Verhältnis zu den zum Weltreichmanagement Verdammten. Ähnlich wie etwa jenseits des Ärmelkanals könnten sich in dieser entspannten Lage dann vielleicht sogar Tugenden ausbilden, wie z.B. jene, die für das britische "informal empire" kennzeichnend waren: die Fähigkeit zur genauso gelassenen wie zielstrebigem "Bildung von transnationalen Koalitionen unter eigener Führung" (126), getragen von der "Selbstsicherheit beim dosierten Umgang mit Prinzipien und Interessen aus der Erfahrung heraus, die eigene Identität nicht verlieren zu können" (122).

Zu schön, um wahr zu sein: Die geopolitischen Realitäten sehen anders aus³ – und sie lassen solche Träume erst gar nicht aufkommen. Die Deutschen, so das desillusionierende letzte Bild von Elsenhans, müssen sich damit abfinden, dass kein Weg unter der weltpolitisch beschränkten kontinentalen Dunstglocke herausführt. Die deutsche Unfähigkeit zum Weltreich ist unheilbar.

4. Ich werde im folgenden auf einige Aspekte eingehen, die sich in den eher nüchternen Beschreibungen (1 und 2) sowie in deren metaphorischer Übersetzung und Überzeichnung (3) wiederfinden. In einigen Punkten werde ich Elsenhans unterstützen, in anderen widersprechen. Erstens teile ich seine Einschätzung, dass Deutschlands Unterordnungsbereitschaft sowohl im Hinblick auf andere Groß- oder "Führungsmächte" wie auch multilaterale Entscheidungsprozesse innerhalb internationaler Institutionen seit der Vereinigung stetig und nach dem Regierungswechsel 1998 sogar beschleunigt abgenommen hat. Ich halte ferner die Sorge vor drohendem Unheil für Deutschland, Europa und die Welt für berechtigt, *falls* die politische Führung in Berlin weltpolitische Ambitionen entwickeln sollte, wie Elsenhans dies befürchtet.⁴ Aus diesen Gründen unterstütze ich auch die im Duktus des Streitangebots angelegte wissenschaftsstrategische Entscheidung, die Rolle des Warners oder gar des Kassandrarufer zu spielen. Wenn man sich die Äußerungen unterschiedlichster Außenpolitik- bzw. IB-Experten betrachtet, die in den vergangenen Monaten und Jahren veröffentlicht wurden, dann fällt auf, dass heute, ganz anders etwa als zu Beginn der 1990er Jahre, vergleichsweise wenige auf mögliche Probleme hinweisen, die sich aus Deutschlands Rolle in der Welt bzw. in Europa ergeben könnten. In gewisser Weise spiegelt sich hierin das neue Selbstbewusstsein deutscher Außenpolitik auf der Seite ihrer Beobachter.⁵ Dies kann man natürlich auf zweierlei Arten deuten: zum einen, dass die Mehrheit der Experten richtig liegt und alles oder zumindest sehr viel dafür spricht, dass Skepsis oder gar Pessimismus unangebracht sind; zum anderen vielleicht aber auch, dass wir

³Vgl. hierzu einen vom Bild her sehr schön passenden, ironischen deutsch-britischen Blick auf Parallelen zwischen dem Verhalten deutscher Touristen am Strand (das "Reservieren" der besten Plätze durch die frühmorgendliche Plazierung von Handtüchern) sowie deutscher Außenpolitik bei Hartmut Mayer, *Early at the beach and claiming territory? The evolution of German ideas on a new European order*, in: *International Affairs*, Vol. 73, No. 4 (October 1997), S. 721-737.

⁴Vgl. hierzu Gunther Hellmann, *Beyond Weltpolitik, Self-Containment and Civilian Power: United Germany's Normalizing Ambitions*, in: Norbert Finzsch, Hartmut Lehmann (Hrsg.), *Visions of the Future in Germany and America (Papers of the Krefeld Historical Symposium 1999)*, New York: Berg Publishers (im Erscheinen; auch erschienen als Discussion Papers in German Studies, No. IGS 99/10, The University of Birmingham 1999).

⁵Vgl. Gunther Hellmann, *Deutschlands Kraft und Europas Vertrauen oder: Die Selbstbewussten, die Befangenen und die Betroffenen der neuen deutschen Aussenpolitik*, in: Christiane Lammers, Lutz Schrader (Hrsg.), *Neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik (Schriftenreihe der AFK, Bd. 27)*, Baden-Baden 2000 (im Erscheinen).

hier so etwas wie das akademische Pendant zur "Schweigspirale" beobachten. Ich würde argumentieren, dass beide Diskurstrends Übertreibungen darstellen. Der Alarmismus Anfang der 1990er Jahre ("Abkehr vom Multilateralismus" à la Anerkennung Kroatien/Slowenien, "Militarisierung" deutscher Außenpolitik, "deutsches" Europa, oder gar "Viertes Reich") war genauso unangebracht wie die heutige Selbstgefälligkeit. Aus diesem Grund ist es eine Bereicherung, wenn sich in Zeiten wie diesen prominente und fachlich ausgewiesene warnende Stimmen erheben, weil schon dies allein den Tücken einer uniformierten Weltsicht entgegenwirkt.

5. Im Kontrast zu Elsenhans halte ich es allerdings für angebracht, die Rolle des Warners durch die des "liberal ironist"⁶ zu ergänzen: eines Beobachters, der sich nicht nur öffentlich zu Wort meldet, sondern dabei auch nach Möglichkeiten sucht, wie unerwünschte Entwicklungen vielleicht verhindert und positive befördert werden können – wissend, dass seine Erkenntnis- und Einflussmöglichkeiten genauso begrenzt sind wie die anderer. Wir haben nicht die Wahl, aus der Geschichte nichts zu lernen und wir haben auch nicht die Wahl, in Zukunft nicht zu handeln. Gleichzeitig gilt, dass die Vergangenheit manchmal offener ist als wir denken (wie man derzeit etwa im Hinblick auf die beginnende Historisierung einer "Bonner Republik" sehen kann⁷) und – damit zusammenhängend – die Zukunft manchmal geschlossener als wir uns wünschen. Für Deutschlands Platz in Europa und der Welt bedeutet dies unter anderem, dass die "richtigen" Lehren aus "der" Geschichte gezogen werden. Eine der wichtigsten besteht darin, zwei Fehler zu vermeiden: weltpolitische Prozesse mit einer Überdosis von historischem Determinismus zu beschreiben und Vorsicht zu wahren im Umgang mit kollektiven Akteuren ("die" außenpolitische Elite im Singular), die so kollektiv nicht agieren. Auf Kürzel wie "Deutschland" werden wir sicherlich nicht verzichten können, wenn wir außenpolitisches Handeln beschreiben. Entscheidend ist aber, dass – in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – Spielräume sichtbar bleiben für alternative Handlungsoptionen wie auch Akteurskonstellationen.⁸ Ich möchte dies an vier Beispielen jüngster deutscher Außenpolitik illustrieren.

Auf der Suche nach empirischen Belegen bzw. symbolischen Handlungszusammenhängen für die weltpolitische Reife oder Unreife deutscher Außenpolitik könnte man die Stichworte "EU/Deutschland versus Haider-Österreich" sowie "EU/Deutschland versus Putin-Russland" als Beispiele einer real- cum idealpolitischen Herangehensweise interpretieren, die sich nicht allzu gravierend von außenpolitischen Praktiken der "Bonner Republik" unterscheidet. Die rot-grüne Regierung hat sich in keinem der beiden Fälle innerhalb der EU vorgedrängt – damit aber insbesondere im Inland einiges an Kritik einstecken müssen, dass sie Ideale verrate: die demokratisch legitimierte, wenn auch politisch unangenehme ÖVP/FPÖ-Regierung wird im Konzert mit 13 anderen europäischen Regierungen zum "innenpolitischen" Problem der "Wertegemeinschaft" EU erklärt und kräftig sanktioniert, indem die offiziellen Kontakte zur höchsten Regierungsspitze eingeschränkt werden, während zur gleichen Zeit der russische Präsident, der einen brutalen Krieg in Tschetschenien führt, in Berlin empfangen und mit ihm eine "strategische Beziehung" vereinbart wird. In außenpolitischen Grundsatzfragen von diesem Kaliber, die –

⁶Vgl. hierzu vor allem das Kapitel "Private irony and liberal hope" in Richard Rorty, *Contingency, irony, and solidarity*, Cambridge: Cambridge University Press 1989, S. 73-95.

⁷Vgl. den Bericht von Michael Gassmann zur Konferenz "Historisierung der Bonner Republik" auf Schloss Elmau Mitte Juli 2000, Und tschüs, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. Juli 2000, S. 45.

⁸Vgl. Gunther Hellmann, *Die prekäre Macht: Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, in: Wolf-Dieter Eberwein und Karl Kaiser (Hrsg.), *Deutschlands neue Außenpolitik. Band 4: Institutionen und Ressourcen*, München: R. Oldenbourg Verlag 1998, S. 266-268.

nach Auffassung vieler – ein deutlicheres Auftreten erfordert und ermöglicht hätten, hat sich die Regierung Schröder genauso zurückgehalten, wie dies wahrscheinlich die Regierung Kohl in den 1980er Jahren in ähnlichen Streitfragen getan hätte. Das wäre also die Kontinuitätslinie deutscher Außenpolitik.

Im Kontrast dazu würde ich die Stichworte "Deutschland/EU und der Kampf um den IWF-Chefsessel" und "Deutschland/EU und der Kampf um einen Frieden für Kosovo" eher als Belege dafür anführen, dass die "Berliner Republik" neue Akzente setzt, die auf der einen Seite die Sorgen von Elsenhans vor den negativen Folgen der schwindenden Unterordnungsbereitschaft der Deutschen als berechtigt erscheinen lassen, zugleich aber auch zeigen, dass ein "modernes" Verständnis von Großmacht, das zwar auch an Bonner Traditionen anknüpft, die Unterwürfigkeit aber auch nicht übertreibt, durchaus als europäische Friedensmacht im besten Sinne verstanden werden kann. Das Drängen des Bundeskanzlers, den Posten des IWF-Generalsekretärs mit dem Finanzstaatssekretär Koch-Weser zu besetzen, der im Ausland für vergleichsweise unerfahren und zugleich politisch leichtgewichtig und (aus der Perspektive des US-Kongresses) widerspenstig galt, könnte als paradigmatischer Beleg für Elsenhans' Behauptung von der Unfähigkeit der Deutschen zum Weltreich in mehrerer Hinsicht herhalten. In gewisser Weise war dies eine neu-deutsche Version des wilhelminischen Dranges zu einem kolonialen Platz an der Sonne. Die Spitze der außenpolitischen Eliten, angeführt durch das Bundeskanzleramt, versteifte sich in einer unübersehbaren und an die schlechtesten "deutschen" Traditionen anknüpfenden "Jetzt-sind-wir-dran"-Attitüde darauf, den eigenen Kandidaten "durchzudrücken". Unter den zahlreichen Peinlichkeiten, die damit einhergingen, fiel insbesondere auf, wie vermeintlich erfahrene deutsche Diplomaten und andere außenpolitische Elitenangehörige, die Unterordnungsbereitschaft der bekanntesten Verbündeten unter- und die eigene Überordnungsfähigkeit überschätzten. Dass diese Verbündeten dem Bundeskanzler nach der Ablehnung seiner ersten Nominierung signalisierten, dass Horst Köhler ein akzeptabler deutscher Kandidat wäre – ein Kandidat, der Schröder anfangs im internen Kreis vorgeschlagen wurde, den er aber beiseite schob, weil er als "Kohl-Mann" etikettiert war – wurde als Volltreffer in der Disziplin des diplomatischen Florettfechtens gelesen.

Das Kosovo-Abenteuer der rot-grünen Koalition begann mit ähnlich ominösen Anzeichen. Ob von der Vorgänger-Regierung vorherbestimmt oder von der Führungsmacht USA erzwungen, mit dem Regierungsantritt von Schröder und Fischer sah sich die neue Mannschaft mit gewissen Fakten konfrontiert, die sie nicht hatte beeinflussen können. Hinzu kam Anfang 1999 der Affront, dass die beiden europäischen Verbündeten, mit denen man spätestens jetzt in derselben Gewichtsklasse kämpfen wollte, die Rambouillet-Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Kosovo-Problems an der deutschen EU-Präsidentschaft vorbei an sich rissen und untereinander aufteilten. An dieser Stelle und später, während der Endphase des Krieges, kamen allerdings die besten Bonner Tugenden zum Tragen: so sehr man sich intern auch geärgert haben mag, niemand ereiferte sich öffentlich über den französisch-britischen Bilateralismus auf Kosten der Deutschen. Vielmehr suchte man später – ähnlich wie während der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen – hinter den Kulissen nach Kompromisslösungen, die für die nicht mehr ganz so kommunikationsfähigen Amerikaner und Russen akzeptabel wären – und auch von den in dieser Phase nicht mehr ganz so wichtigen Briten und Franzosen mitgetragen würden. Im Ergebnis konnte die deutsche Regierung, allen voran der deutsche Außenminister Fischer, beim Kölner Gipfeltreffen den Frieden in einem Krieg präsentieren, den sie wohl am wenigsten von allen Beteiligten gewollt hatten, auch wenn sie ihn wie andere mitmachten. Zweifelsohne war dies ein großer

diplomatischer Erfolg, der vielleicht auch manchem deutschen Diplomaten im Blick auf den britischen Großmachtanspruch, trotz begrenzter Ressourcen noch immer in der höheren Gewichtsklasse der größten Großmächte mithalten zu können ("Britain is punching above its weight"), die Genugtuung bescherte, in diesem Konzert gezeigt zu haben, dass man keine nukleare Groß- oder Mittelmacht sein muß, um auch in der allerhöchsten Gewichtsklasse kämpfen und sogar siegen kann.

6. Was fällt an diesen vier Beispielen auf? Auffällig ist erstens, dass die ersten beiden Probleme im Ausland kaum zur Kenntnis genommen wurden, im Inland dafür umso heftiger Gegenstand kritischer Kommentierungen waren. Die allzu offensichtlichen und kleinlauten Zugeständnisse an machtpolitische Realitäten hier (Großmacht Rußland als "Ordnungsfaktor" in Europa) und historisch-politische Verantwortung da (Druck der EU-Partner auf die Deutschen zum gemeinsamen Kampf gegen "rechts") stellten in der Kombination eine Überforderung selbst derjenigen in der deutschen Öffentlichkeit dar, die machtpolitische Rücksichtnahme als Teil der internationalen Politik akzeptiert. In einem Bereich den demokratisch-legitimierten österreichischen Kanzler zu sanktionieren und nahezu zeitgleich den obersten Befehlshaber der russischen Kriegsführung in Tschetschenien in Berlin als "strategischen Partner" Deutschlands zu hofieren, war zuviel des Schlechten: die Aufhebung der österreichischen Souveränität durch 15-1 EU-Mitglieder auf der einen Seite als Ausdruck eines Integrationsfortschrittes der "Wertegemeinschaft" EU und auf der anderen Seite mit Verweis auf das gegenüber den Deutschen "sehr sensible Ausland"⁹ zu verkaufen und sich gleichzeitig angesichts des russischen Krieges gegen die "tschetschenischen Terroristen" diplomatisch stark zurückzunehmen, weil man Rußland "nicht isolieren" will,¹⁰ war der deutschen Öffentlichkeit schwer zu vermitteln.

Diese Ambivalenzen in der innerdeutschen Reaktion wurden im Ausland jedoch kaum wahrgenommen. Genau umgekehrt verhielt es sich mit den beiden anderen Beispielen. In den Medien der Verbündeten und unter deren außenpolitischen Eliten wurde das deutsche Verhalten bei der Besetzung des IWF-Chefpostens zum Teil scharf kritisiert, wobei auf einer offiziellen Schiene der Vorwurf eines "Neu-Berliner 'Autismus'" noch zu den höflicheren gehörte. Die in Berliner Kreisen kolportierte Einstellung ("Wir sind dran, wir wollen, und der wird es"¹¹) hatte sich zwar letzten Endes tatsächlich durchgesetzt, dies allerdings zu einem mindestens dreifachen außenpolitischen Preis: unangenehmen Gesprächen zwischen Paris und Berlin über einen Zusammenhang zwischen französischer Unterstützung für Köhler bei deutschen Zugeständnissen (wobei in Teilen sogar von einem "deal" die Rede war), dass der Kanzler auf einen baldigen Wechsel an der EZB-Spitze zugunsten eines Franzosen drängen sollte; erzwungene Gespräche auf der Ebene der EU zwischen dem deutschen SPD-

⁹Vgl. die folgende Äußerung des Bundeskanzlers in einem Interview mit der Wochenzeitung "Die Zeit": "Es ist nun einmal so, dass das Ausland, dass unsere europäischen Partner in Sachen Haider sehr sensibel auf die deutsche Reaktion achten", zit. nach "Fischer und Stoiber streiten über Umgang mit Haider", in: Süddeutsche Zeitung, 17.2.2000, S. 5.

¹⁰Vgl. die Äußerung von Joschka Fischer in einem Interview mit Le Monde vom 18.4.2000, zit. nach http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/2/n/n000418a.htm: Auf die Frage "Man hört Sie viel über Haider reden, aber nicht viel über Tschetschenien. Ist Ihre Menschenrechtspolitik eingeschlafen?" antwortete Fischer: "Ich will (Rußland) nicht isolieren. Täten wir dies, dann würden wir das Gegenteil von dem erreichen, was wir erreichen wollen. Wir haben ein Interesse an Stabilität im Kaukasus. Es geht nicht nur um Menschenrechte. Wir haben die Sorge, dass die Politik Moskaus zu einer Destabilisierung der ganzen Region und auch zu Rußland selbst führt." Wenn man diese Aussage wechselseitig mit dem Akteur "Rußland" bzw. "Österreich" durchspielt, entstehen erhebliche Spannungen.

¹¹Vgl. Nikolaus Blome, Andreas Middel, Schröder darf mit einem neuen IWF-Kandidaten aufwarten, in: Die Welt, 14.3.2000, S. 3.

Finanzminister Eichel und dem (politisch eigentlich "unberührbaren") österreichischen FPÖ-Finanzminister Grasser, weil dieser seine Zustimmung mit dem Hinweis verweigerte, von den Deutschen nicht informiert worden zu sein;¹² und schließlich die Schadenfreude auf seiten der Kohl-Anhänger, dass Schröder eine vollständige Blamage nur erspart blieb, weil ein Kohl-Mann akzeptabel war.

Auch die deutsche Rolle während des Kosovo-Krieges wurde im Ausland mit großem Interesse, nun aber weitgehender öffentlicher Zustimmung registriert. Dass die deutsche Friedensstiftung allerdings ungeteilte Freude verbreitete, darf bezweifelt werden, denn dies war nicht nur der erste große Krieg, an dem die Deutschen als gleichberechtigter und wichtiger Partner beteiligt waren, sondern es war auch der erste große Konflikt, in dem sie eine zentrale vermittelnde Rolle zwischen jenen Großmächten spielten, die man früher geographisch auf einer östlichen und einer westlichen Seite verortete. Die offensichtliche "Brückenfunktion" deutscher Diplomatie, die zehn Jahre früher wohl sofort "Sonderwegsverdächtigungen" provoziert hätte, dürfte zwar einerseits im Blick auf das Ergebnis mit Dank registriert worden sein, andererseits dürfte sich wohl gerade in Paris und London auch ein gewisses neidvolles Misstrauen breit gemacht haben, angesichts der französisch-britischen Verantwortung für die gescheiterten Rambouillet-Verhandlungen auf der einen Seite und die strahlende Friedensstifterrolle für die Deutschen im Krieg auf der anderen. Beachtlich war in jedem Fall, wie es der deutschen Diplomatie gelang, vermittelnd Konsenspositionen zu entwickeln und auf Siegesgeschrei (etwa als Retourkutsche für das Verhalten der Briten und Franzosen in Rambouillet) zu verzichten. Alles in allem war dies ein Musterbeispiel gelungener deutscher Diplomatie, in dem beste Bonner Traditionen mit neuen Berliner Gestaltungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten vorbildlich verknüpft wurden.

7. Was an diesen vier Fällen in ihrer Zusammenschau hervorsticht, ist, dass sie – jedes für sich und alle vier in ihrer Gesamtheit – als paradigmatisch für die Zukunft der Berliner Außenpolitik verstanden werden können. Besonders wichtig ist dabei, dass die Herausforderungen an das diplomatische Geschick der außenpolitischen Eliten sowohl gegenüber inneren wie äußeren Erwartungen eine andere Dimension erreicht haben als zu Zeiten der "Bonner Republik". Dieser Erwartungsdruck, der sich von beiden Seiten verstärkt und immer seltener in dieselbe Richtung geht, wird aller Wahrscheinlichkeit nach umso größere Belastungen für die außenpolitischen Eliten mit sich bringen, wie die Kluft zwischen außenpolitischer Rhetorik und Leistungsfähigkeit (gemessen an den konkurrierenden Erwartungen zahlreicher Interessenten) sich weitet und Entscheidungszwänge immer öfter im Sinne eines "entweder-oder" wahrgenommen werden. Eine Folge könnte sicherlich darin bestehen, dass sich das politische Klima in Europa insgesamt verschlechtert. Das Beispiel der deutschen Kosovo-Politik zeigt jedoch, dass eine solche Entwicklung nicht zwangsläufig ist. Die außenpolitischen Eliten Deutschlands haben wiederholt unter Beweis gestellt, dass sie im europäischen Kontext die an sie gerichteten Erwartungen (von innen wie von außen) durchaus erfüllen können, wenn sie "Größe" nicht (wie im IWF-Falle) traditionell definieren, sondern "modern" – so wie der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Wolfgang Ischinger, dies vor kurzem im Blick auf eine moderne Großmacht Rußland getan hat: "Größe bemisst sich (...) heute nicht so sehr an Macht, sondern an Kraft zu gestalten: es ist wichtiger zu überzeugen, als zu drohen, es ist wichtiger, einzubinden als zu beherrschen, es ist wichtiger Partner zu gewinnen als Gegner in Schach zu halten. Das sind die Gebote des 21.

¹²Vgl. Claus Hulverscheidt, Thomas Klau, EU startet Werbefeldzug für IWF-Kandidaten, in: Financial Times Deutschland, 14.3.2000, S. 15 sowie Die EU schickt Köhler ins IWF- Rennen, in: Handelsblatt, 14.3.2000, S. 4.

Jahrhunderts.”¹³

Wenn die Berliner Regierungen der Zukunft diese Regeln für sich selbst beachten, werden sie innerhalb Europas wie auch darüber hinaus erfolgreich sein. Dies wird dann aber kein deutsches ”Weltreich” oder eine Art ”heiliges europäisches Reich deutscher Nation” sein, sondern ein Netzwerk , das mit (aber nicht allein von) den Deutschen geflochten und gepflegt wird. Eine der herausragenden strategischen Aufgaben deutscher Außenpolitik wird es deshalb sein, inneren und äußeren Erwartungsdruck zu versöhnen. Dies ist allerdings schwieriger, als es eine Mehrheit der Experten unterstellt. Die Kompromissbereitschaft der Deutschen, die Lasten anderer zu tragen, schwindet. Gleichzeitig steigt aber ihr ”Selbstbewusstsein”, auf politische Prozesse in Europa im Sinne ”nationaler Interessen” Einfluss zu nehmen – so wie dies etwa ”die Franzosen und Briten auch” tun.¹⁴ Die Konstruktion und Pflege dieser Differenz zwischen ”nationalen” Interessen auf der einen und nicht-nationalen, vielleicht gemeinsamen ”europäischen” Interessen auf der anderen könnte sich allerdings dann sehr schnell als eine selbstgestellte Falle erweisen, wenn beide Seiten nicht mehr zugleich bedient werden können. Ein Erfolgsrezept der Bonner Außenpolitik, das mittlerweile leider allzu sehr in Verruf geratenes ist, bestand darin, diese Differenz erst gar nicht zu suggerieren. Die Folge davon war, dass sich die Deutschen erstmals in ihrer Geschichte auf keine ferne Insel mehr sehnen mußten, weil sie ihren Platz an der Sonne endlich mitten auf dem europäischen Kontinent gefunden hatten. Angesichts der sich sachbereichsbezogen und machtpolitisch ergebenden geographischen Ausdehnungen, herrscht auf diesem Kontinent natürlich nicht ständig eitel Sonnenschein. Aber selbst unter dem teilweise rauen Klima der letzten 50 Jahre ist es gelungen, durch die Schaffung neuer Institutionen das an struktureller Gesundheitsvorsorge zu leisten, was angesichts der unvermeidlichen Unwägbarkeiten der Zukunft möglich ist. Aus diesen Gründen ist es auch einer der denkbar besten Plätze auf diesem Planeten – zumal für die Deutschen! Bei guter Führung wird sich daher zweifellos auch das nötige Maß an Reife herausbilden, um gemeinsam mit den anderen weiter zu prosperieren.

¹³Rußland als Europäische Macht. Vortrag von Staatssekretär Wolfgang Ischinger im Rahmen der Sommertagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing am 2.7.2000, http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/2/r/r000702a.htm.

¹⁴Formulierungen wie diese finden sich mittlerweile in sämtlichen politischen Lagern und sie werden von so prominenten Vertretern wie dem Bundeskanzler und dem bayerischen oder hessischen Ministerpräsidenten gebraucht; vgl. etwa Rede des Bundeskanzlers auf der Bundesdelegiertenkonferenz der SPD zur Europawahl 1999 am 8. Dezember 1998 in Saarbrücken, zit. nach: http://www.spd.de/archiv/europa/Eur19981208_896.html; diese Rede verdient deshalb besondere Beachtung, weil Schröder sie ganz bewusst ”ein bisschen persönlicher” halten wollte, ”als es vielleicht üblich ist; vgl. ferner Karl Feldmeyer, ”Fremdenfeindlichkeit beruht auf Abbau des Nationalstaates” (Gespräch mit Roland Koch), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. August 2000, S. 1-2.